



HAUSHALT 2014

Michael Pelster
Landesschatzmeister
LV Bremen
Bündnis90/Die Grünen
Michael.pelster@gruene-
bremen.de

Mit dem Vorlegen eines Haushaltsplanes kommt der amtierende Landesschatzmeister den Erfordernissen der Beitrags- und Kassenordnung von B90/DIE GRÜNEN, Landesverband Bremen, nach, in der im Abschnitt „D.Haushalt“ unter 9. steht: „Die LandesschatzmeisterIn stellt einen Haushaltsplan auf, der vom Landesfinanzrat zwischenzeitlich, von der Landesmitgliederversammlung endgültig genehmigt wird.“

Erste Haushaltsentwürfe 2014 werden in den Sitzungen des Landesfinanzrates am 13.11.2013 und des Landesvorstandes am 18.11.2013 diskutiert.

Die Zahlen aus dem Haushalt 2013 basieren auf den Grundlagen der Ein- und Ausgaben vom 31.10. und sind auf das Jahresende 2013 hochgerechnet. Geringe Abweichungen sind zu erwarten.

1. Rückblick Haushalt 2013

Der Haushalt 2013 war geprägt auf der Ausgabenseite geprägt durch den Bundestagswahlkampf und die tragischen Umbrüche in der Landesgeschäftsstelle. Die Einnahmen konnten gegenüber der Kalkulation aus dem von der Mitgliederversammlung im Februar beschlossenen Haushalt 2013 um 5% erhöht werden, während die kalkulierten Ausgaben sich nur unwesentlich erhöhten. Der Entwurf des Haushaltes 2013 wurde der Landesmitgliederversammlung am 14.02.2013 vorgelegt und dort mit Mehrheit gebilligt.

Die Mitgliederzahl aus dem Jahr 2012 hat sich stabilisiert und bleibt unverändert oberhalb der 700. Es konnten allerdings auch keine starken Eintrittswellen im Bundestagswahlkampf verzeichnet werden. Das Wahlergebnis bestätigt diese Tatsache.

Die Mandatsträgererlöse bewegen sich im kalkulierten Rahmen. Es gibt keine Beanstandungen hinsichtlich des Abweichens vom gültigen „Diätenbeschluss“.

Die Spendenerlöse aus üblichen „normalen“ Spenden, Verzichtsspenden und Spenden zur Bundestagswahl bewegen sich im angestrebten Bereich. Nach wie vor ist festzustellen, dass Spenden fast ausschließlich von den grünen Mitgliedern selbst getätigt werden.

Die kalkulierten Einnahmen durch Zuschüsse aus den Kreisverbänden (für die Zuarbeit der Landesgeschäftsstelle für die KVs, allerdings krankheitsbedingt hier nur drei Quartale) sind ebenso wie die Einnahmen aus Veranstaltungen und Sonstigem auch eingenommen worden.

Die staatlichen Zuwendungen aus dem Bund haben sich nochmals erhöht. Allerdings sind hier für 2014 aufgrund des schlechten Wahlergebnisses Verluste einzukalkulieren.

Bei den Ausgaben sind vor allem die Personalkosten stark gestiegen. Zum einen hatten wir zu dem festangestellten Personal einen Green Associate und während des Wahlkampfes mehrere Praktikanten beschäftigt. Nach dem tragischen Verlust unseres Landesgeschäftsführers mussten wir Verträge anpassen und mit mehr Stunden belegen, um die Arbeit zu bewältigen. Außerdem zahlten wir eine Rücklage an die Erben des Landesgeschäftsführers aus, die zwischen geschäftsführendem Landesvorstand und Landesgeschäftsführer vereinbart wurde, mit der seine in den letzten Jahren geleisteten Überstunden abgegolten wurden.

Z. Zt. haben wir 4 Mitarbeiter in der LGST: 1 kommissarischer Landesgeschäftsführer, eine feste Stelle auf der Basis einer dreiviertel Stelle, eine

befristete Stelle auf der Basis 15 Stunden und einen Vollzeit Green Associate. Die Stelle der/des LandesgeschäftsführerIn/s ist ausgeschrieben und wird vom neuen Landesvorstand besetzt. Es sollte das Ziel des neuen Landesvorstandes sein, die beiden bis zum 30.7.2014 (25 Stunden, z. Zt. nicht besetzt, da kommissarischer Landesgeschäftsführer bzw. 30.8.2014 (15 Stunden, z. Zt. besetzt) befristeten Stellen in eine unbefristete Stelle umzuwandeln.

Die Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb und den politischen Ausgaben lassen sich für die Jahre 2012 und 2013 nicht mehr direkt vergleichen.

Wir haben die Buchhaltungskonten umgestellt, um mehr Transparenz in unsere Ausgaben zu bekommen.

So waren in der Vergangenheit die Ausgaben für die Arbeit des Landesvorstandes, die Aufwendungen für die Gremienarbeit, die Reisekosten und Veranstaltungen mal unter Personalkosten, mal unter laufendem Geschäftsbetrieb oder mal unter politischen Ausgaben zu finden. So war aber nie richtig nachvollziehbar, was uns der politische Vorstand, was die Arbeit in den Gremien von LAG bis BAG eigentlich kostet. Dies haben wir geändert.

In der Summe der Ausgaben werden die bisherigen Posten laufender Geschäftsbetrieb und Ausgaben für politische Arbeit im Jahr 2013 nicht erheblich von den Ausgaben in 2012 abweichen. Gegenüber dem Kalkulationsansatz vom Februar 2012 sind die Ausgaben allerdings, wie vermutet, doch wesentlich geringer. Zuschüsse für Landesarbeitsgemeinschaften, Stadtteilgruppen und Veranstaltungen des Landesverbandes sowie die Anschaffung weiterer Hard- und Software ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Dies ist sicherlich auch der suboptimalen Einschätzung aufgrund der genannten Buchungsansätze geschuldet.

Insgesamt werden wir 2013 voraussichtlich einen Reingewinn rd. 36.000 € trotz Bundestagswahl machen. Davon sind allerdings Rücklagen für Wahlkämpfe abzuziehen. Ein Grund mehr, die Personalstärke in der Landesgeschäftsstelle zu versteigern und vermehrt Investitionen in die Programm- und Grundsatzarbeit in Form von Kongressen, Seminaren und Veranstaltungen zu stecken. Und wir brauchen nicht nur auf den Bundestagswahlkampf 2013 zu schauen: ein gutes Polster hilft auch in schweren Zeiten.

2. Haushalt 2014

2.1. Einnahmen

2.1.1. Eigeneinnahmen

Der Mitgliederstand hat sich stabilisiert. Daher ist eine Einnahme von rd. 45.000 € wie in 2013 eingeplant.

Die Mandatsträgerabgaben werden stabil bleiben, da wir sehr zuverlässige Einzahler haben. Großen Dank dafür, insbesondere für diejenigen Abgeordneten, die noch etwas mehr zahlen. Da wir wieder ein Bremer grünes Bundestagsmandat haben, ändert sich hier weiterhin nichts. Allerdings werden 60% der Diät vom Bundesverband vorab abgezogen, um vom Rest bleibt dann abzüglich der Kinderfreibeträge nicht mehr sehr viel übrig für den Landesverband. Sollte wir bei den Europawahlen keine oder keinen Bremer VertreterIn in das Europaparlament entsenden können, so wirkt sich dieses nicht auf die Bremer Einnahmen aus, da diese Abgaben nicht in den Landeshaushalt, sondern an den Bundesverband gehen. Spenden von natürlichen Personen werden geringer angesetzt als in 2013. Wahlkampfspenden im Europawahlkampf und auch Verzichtsspenden (Sitzungsgelder, Reisekostenerstattungen etc.) werden geringer angesetzt. Einnahmen aus Veranstaltungen und sonstige Einnahmen werden ebenfalls geringer angesetzt.

2.1.2. Externe Einnahmen

Das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl wirkt sich nach ersten Schätzungen nur gering auf die Zuwendungen nach Bremen aus. Zwar verliert der Bundesverband rd. eine halbe Million € an bundesstaatlichen Zuwendungen. Diese Einnahmen werden allerdings mit einem Schlüssel von 30% Bundesverband zu 70 Landesverbände (abzüglich 2% Solidaritätsfond für besondere Zwecke) aufgeteilt. Von den verbleibenden 68% der Landesverbände bekommt Bremen dann einen Anteil von z. Zt. rd. 1,7%. Insofern werden die Einnahmen aus den staatlichen Zuwendungen nur etwas geringer angesetzt als 2013. Wie schon in den Vorjahren zahlen 2 Kreisverbände mit je 400 € pro Monat für unterstützende Aufgaben aus der Landesgeschäftsstelle.

Haushaltsplan 2014				
Wahljahr	BuTa	EU		
Einnahmen	2013 vor. IST	2014 Soll	Differenz 2014 - 2013	
			in €	in %
Eigene Einnahmen	178.052 €	171.052 €	- 7.000 €	96,1 %
Mitgliedsbeiträge	45.000 €	45.000 €	0 €	
Mandatsträger	120.000 €	120.000 €	0 €	
Spenden nat. Personen	4.100 €	3.000 €	- 1.100 €	
Wahlkampfspenden	1.675 €	500 €	- 1.175 €	
Verzichtsspenden	3.375 €	1.500 €	- 1.875 €	
Spenden juristische Personen	0 €	0 €	0 €	
Einnahmen Veranstaltungen	650 €	500 €	- 150 €	
Sonstige Einnahmen	3.252 €	552 €	- 2.700 €	
Externe Einnahmen	194.948 €	186.948 €	- 8.000 €	95,9 %
Staatliche Mittel Bund	148.000 €	145.000 €	- 3.000 €	
Staatliche Mittel Land	29.748 €	29.748 €	0 €	
Zuschüsse Kreisverbände	7.200 €	9.600 €	+ 2.400 €	
Zuschüsse Wahlen Gliederungen	10.000 €	2.600 €	- 7.400 €	
Zuschüsse Bundesverband	0 €	0 €	0 €	
Sonstige Zuschüsse	0 €	0 €	0 €	
Summe EINNAHMEN	373.000 €	358.000 €	- 15.000 €	96,0 %
Auflösung Wahlkampfrücklagen	29.000 €	46.000 €		
GESAMT	402.000 €	404.000 €		100,5 %

2.2. Ausgaben

2.2.1. Personalkosten

2014 wird der Posten der/des LandesgeschäftsführerIn neu besetzt und somit eine Personalstärke von zunächst 3,75 Stellen einschließlich GA vorhanden sein. Mitte des Jahres läuft die GA Stelle aus, zum Herbst dann die von 2 Mitarbeitern geteilte befristete volle Stelle. Der neue Landesvorstand wird zu entscheiden haben, in welche Personalstärke die Landesgeschäftsstelle in den Bürgerschaftswahlkampf 2015, der schon im Herbst 2014 beginnen wird, gehen will. Insofern sind die Personalkosten hier relativ hoch angesetzt. Tarifierhöhungen sind dabei berücksichtigt. Gegenüber dem Vorjahr sind die Ausgaben geringfügig niedriger, da der einmalig ausgezahlte Erbschaftsbeitrag entfällt.

2.2.2. Laufender Geschäftsbetrieb

Während Portokosten, Büromaterial, Miete und Versicherungen etc. relativ konstant bleiben werden, werden die Ausgaben für IT (neue Software) und Anschaffungen und Geräte (Stühle, Beamer etc.) steigen. Hier ist mit einer Steigerung der Ausgaben von rund 5 T € zu rechnen.

2.2.3. Gremien

Die Aufwendungen für LMV, insbesondere aber für Reisetätigkeiten machen einen nicht unerheblichen Teil der Gesamtausgaben aus. Hier wird von ähnlichen Ausgaben wie in der Vorjahren ausgegangen. Insbesondere die BDKs und die Teilnahmen an den BAGs sind relativ hoch anzusetzen.

2.2.4. Landesvorstand

Die Auslagenerstattungen für den LaVo sind seit über 10 Jahren nicht erhöht worden. Die Anforderungen sind aber gewachsen. Hier ist eine zusätzliche Steigerung eingeplant, die allerdings der neue Landesvorstand erst zu beschließen hätte.

2.2.5. Öffentlichkeitsarbeit

In Anbetracht der Europawahl und der im Herbst 2014 schon beginnenden ersten Phase für den Bürgerschaftswahlkampf 2014 wird für öffentliche Veranstaltungen und Kongresse/Workshops eine nicht unerhebliche Summe von 20 T € eingeplant.

2.2.5. Zuschüsse

Die Zuschüsse an Grüne Jugend und die kreisfreien Stadtteilgruppen werden leicht steigen. Die Zuschüsse an die Kreisverbände Nord und Ost bleiben in der Höhe unter dem Vorbehalt in Absprache mit dem Landesfinanzrat bestehen, dass diese Gelder auch tatsächlich benötigt wurden. In 2013 wurden diese Zuschüsse zunächst nicht verbraucht, sondern für die Rücklagenbildung benutzt.

2.2.6. Wahlen

2014 finden die nächsten Europawahlen statt. Hier wird von einem Etat von rund 40 T € ausgegangen. Dies entspricht gut 55 % der Ausgaben des Bundestagswahlkampfes. Außerdem werden rund 15 T € für den Vorwahlkampf des Bürgerschaftswahlkampfes 2015 eingeplant.

2.7. Rücklagen

Die Rücklagen für Wahlkämpfe, Wirtschaftsprüfer und andere unplanbare Ausgaben bleiben in der Höhe konstant.

Haushaltsplan 2014

Wahljahr	BuTa	EU	Differenz 2014 - 2013	
Ausgaben	2013 vor. IST	2014 Soll	in €	in %
Personalkosten	180.000 €	169.000 €	- 11.000 €	93,9 %
LGST lt. Stellenplan	177.649 €	168.000 €	- 9.649 €	
Sonstige	0 €	0 €	0 €	
zusätzliche Personal Wahlen	2.351 €	1.000 €	- 1.351 €	
Geschäftsbetrieb	26.000 €	35.000 €	+ 9.000 €	134,6 %
Lfd. Geschäftsbetrieb	12.490 €	13.000 €	+ 510 €	
Miete, Räume LV	9.500 €	10.000 €	+ 500 €	
Wirtschaftsprüfer, Rechtsberat.	810 €	1.000 €	+ 190 €	
IT	1.800 €	6.000 €	+ 4.200 €	
Anschaffungen, Geräte	1.400 €	5.000 €	+ 3.600 €	
Gremien	19.400 €	21.800 €	+ 2.400 €	112,40 %
Reisekosten LGST	1.200 €	1.000 €	- 200 €	
LMVs	1.700 €	2.500 €	+ 800 €	
Reisekosten BDK	9.300 €	10.000 €	+ 700 €	
Reisekosten BAG	4.500 €	4.800 €	+ 300 €	
Reisekosten Bundesfinanzrat	1.400 €	1.500 €	+ 100 €	
LAGs	1.300 €	2.000 €	+ 700 €	
Landesvorstand	11.600 €	14.000 €	+ 2.400 €	120,7 %
Auslagenerstattung	10.000 €	12.000 €	+ 2.000 €	
Reisekosten LaVo ohne BuFiRat	800 €	1.000 €	+ 200 €	
Sonstige Kosten LaVo	800 €	1.000 €	+ 200 €	
Öffentlichkeitsarbeit	14.500 €	26.000 €	+ 11.500 €	179,3 %
Veranstaltungen LV ohne LMV	10.000 €	20.000 €	+ 10.000 €	
Sonstige Kosten politische Arbeit	4.500 €	6.000 €	+ 1.500 €	
Zuschüsse	6.000 €	6.900 €	+ 900 €	115,0 %
Grüne Jugend	500 €	800 €	+ 300 €	
Kreisverbände	4.900 €	4.900 €	± 0 €	
Stadtteilgruppen Kreisfrei	500 €	700 €	+ 200 €	
Sonstige	100 €	500 €	+ 400 €	
Wahlen	75.200 €	57.000 €	- 18.200 €	75,8 %
Bundestag 2013	74.400 €	0 €	- 74.400 €	
Europa 2014	0 €	40.000 €	+ 40.000 €	
Bürgerschaft 2015 Vorwahlkampf	0 €	15.000 €	+ 15.000 €	
Zuschuss an BV Wahlen	800 €	1.000 €	+ 200 €	
Sonstige Ausgaben Wahlen	0 €	1.000 €	+ 1.000 €	
Rücklagen	69.300 €	69.300 €	0 €	0,0 %
Allgemeine Rücklagen	4.300 €	4.300 €	0 €	
Wahlkämpfe	65.000 €	65.000 €	0 €	
Sonstiges, Unplanmäßiges	0 €	5.000 €	+ 5.000 €	
Summe AUSGABEN	402.000 €	404.000 €	+ 2.000 €	100,5 %

	Vor. IST 2013	SOLL 2014	Differenz 2013 – 2014	
			in €	in %
BILANZ				
Einnahmen	+ 373.000 €	+ 358.000 €	- 15.000 €	96,0 %
Ausgaben mit Wahlkampfrücklagen	- 402.000 €	- 404.000 €	+ 2.000 €	100,5 %
Auflösung Wahlkampfrücklagen	+ 29.000 €	+ 46.000 €		
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €		

	Vor. IST 2013	SOLL 2014	Differenz 2013 – 2014	
			in €	in %
REINGEWINN				
Einnahmen	+ 373.000 €	+ 358.000 €	- 15.000 €	96,0 %
Ausgaben ohne Rücklagen Wahl und Auflösung Rücklagen Wahl	- 337.000 €	- 339.000 €	+ 2.000 €	100,6 %
Gewinn/Verlust	+ 36.000 €	+ 19.000 €		

	IST 2012	Vors. IST 2013	Soll 2014	Differenz 2012 - 2014
REINVERMÖGEN				
	534.679,25 €	570.700 €	589.700 €	55.000 €
Gewinn/Verlust		+ 36.000 €	+ 19.000 €	

3 Zusammenfassung

Der Haushalt 2014 wird geprägt sein von weiteren Konsolidierungen für kommende Aufgaben in der Zeit für den Bürgerschaftswahlkampf und danach.

Auf der Einnahmeseite werden die guten Einnahmen der Vorjahre erhalten bleiben (ohne Wahlzuschüsse). Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerabgaben (49 %) sowie Staatliche Zuwendungen (49%) werden wie bisher das Fundament der Einnahmen bilden.

Auf der Ausgabenseite werden die Personalausgaben mit über 40% der höchste Ausgabenposten bleiben. Landesvorstandsarbeit und Gremienarbeit in den Strukturen der Partei werden 10% der Ausgaben abbilden, und die politische Arbeit (Öffentlichkeitsarbeit, Kongresse, LMVs) einen immer größeren Stellenwert auch in den Ausgaben darstellen.

Trotz der gut gefüllten Kasse wird aufgrund des Bundestagswahlergebnisses 2013 vorsichtig weiter kalkuliert. Sollten, was zu verhindern sein wird, die Mandatsträgerabgaben und staatliche Zuwendungen auf der Einnahmeseite einbrechen, brauchen wir Geld zur Fortführung der grünen Arbeit. Vorsicht und Disziplin ist geboten. Dafür neu zu wählende Landesvorstand 2014 wird ein glückliches Händchen haben müssen.

Bremen, im November 2013
Michael „Pelle“ Pelster
Landesschatzmeister